agl-Dokumente
Nr. 34

November 2026
Debatten und Materialien

Debatten +
Materialien

Narrative der Zuversicht in Ost und West

Zehn Diskussionsthesen zur Neuausrichtung und Erneuerung der Entwicklungspolitischen Inlandsarbeit

Promotor*innen
für Eine Welt

www.agl-einewelt.de

Inhaltsverzeichnis

Debatte

S. 3
Einleitung

S. 4
Zehn Diskussionsthesen in Kurzform

S. 6
Zehn Diskussionsthesen ausführlich

S. 16
Schlussgedanke

Daten + Fakten

S. 17
Die 16 Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland

S. 18
Impressum + Über die agl

agl

Debatte

Diskutieren Sie mit!

Link

Wir freuen uns, wenn Sie die Thesen kommentieren und wir in den Austausch kommen. Über diesen Link können Sie Anregungen und Kritik einbringen. Die agl wertet Ihre Reaktionen aus und lässt diese in die weitere Diskussion einfließen. Im Frühjahr 2027 gibt es einen Online-Austausch zu den Thesen, bei dem wir auch die Online-Rückmeldungen (anonymisiert) vorstellen.

Mit diesem Papier stellt die agl zehn Thesen für die Zukunft der **Entwicklungspolitischen Inlandsarbeit** zur Diskussion. Es wird betont, dass es sich nicht um Forderungen und nicht um abgestimmte agl-Positionen handelt. Die Themen wurden in vielen Diskussionen in unserem Netzwerk gesammelt, wodurch viele Menschen daran indirekt mitgewirkt haben. Es handelt sich um z.T. bewusst zugespitzte Thesen, von denen wir denken, dass eine reflektierte Diskussion die **Entwicklungspolitische Inlandsarbeit** in ihrer jetzt notwendigen Erneuerungsphase weiterbringen kann.

Wir sind uns bewusst, dass die Bezeichnung „Entwicklungspolitische Inlandsarbeit" eine Namensänderung verdient hat, da das Arbeitsfeld vielmehr „Bildung und Engagement für globale Kooperation" beinhaltet. Da wir uns jedoch auf diesen weithin bekannten Bereich beziehen möchten, verwenden wir hier „Entwicklungspolitische Inlandsarbeit" (EI) als feststehenden Begriff.

Die **Entwicklungspolitische Inlandsarbeit (EI)** steht vor einer Neuausrichtung. Krisen, geopolitische Konflikte, Klimafolgen und gesellschaftliche Polarisierung verändern die Voraussetzungen, unter denen globale Solidarität und internationale Zusammenarbeit vermittelt und gestaltet werden können. **EI** sollte deshalb stärker bei den konkreten Fragen, Erfahrungen und Nöten der Menschen ansetzen, globale Zusammenhänge sowie die den Menschen eigene Bereitschaft zur Solidarität von dort aus erschließen und Narrative der Zuversicht und Gestaltbarkeit entwickeln.

Die Neuausrichtung besteht dabei weniger in einer Erweiterung des Themenkatalogs als in einer veränderten Rolle und Logik von **EI**: von der Vermittlung globaler Zusammenhänge hin zur demokratischen Aushandlung und gemeinsamen Gestaltung globaler Beziehungen. **EI** sollte Menschen nicht nur informieren und für globale Fragen sensibilisieren, sondern Räume schaffen, in denen unterschiedliche Perspektiven und Interessen zusammenkommen, eigene Urteile gebildet, Konflikte demokratisch und gewaltfrei ausgetragen und gemeinsame Handlungsmöglichkeiten für selbst empfundene Nöte entwickelt werden. Dazu gehört, neue gesellschaftliche Partnerschaften aufzubauen und die Eine Welt-Arbeit stärker als Teil gesellschaftlicher Prozesse und als Infrastruktur demokratischer Handlungsfähigkeit zu verstehen.

Die zehn Thesen zielen auf diese Neuausrichtung und verbinden eine noch stärkere Lebensweltorientierung mit: globaler Perspektive, demokratischer Aushandlung und Engagement, neuen Allianzen und translokalen Beziehungen, dem Umgang mit KI und der Reflexion digitaler Machtverhältnisse sowie globaler Gerechtigkeit, Dekolonialität, Friedensbildung, Geopolitik und wirtschaftlichen Beziehungen und der Frage nach gemeinsamen Zukunftsinteressen als (globales) demokratisches Gemeinwesen. Zuversicht wird dabei als eigenständige Ressource verstanden. Nicht als Verharmlosung von Krisen, sondern als Erfahrung, dass gesellschaftliche und globale Entwicklungen gestaltbar sind und gemeinsames Handeln Wirkung entfalten kann. Die zehn Thesen zeigen, was das konkret heißen kann – einschließlich der Frage, wie internationale Zusammenarbeit jenseits der klassischen Geber-Nehmer-Logik neu gedacht werden kann. Es geht nicht um neue Themen, sondern um eine veränderte Rolle und Logik, die zur heutigen Zeit passt und in ihr wirkt.

Debatte

Zehn Diskussionsthesen in Kurzform

1. Narrative der Zuversicht in Ost und West: Gestaltbarkeit erfahrbar machen

EI sollte Zuversicht als tragfähiges Narrativ und gelebte Praxis entwickeln, das Krisen und Sorgen der Menschen ernst nimmt, Gestaltbarkeit erfahrbar macht und Demokratie, Solidarität und Nachhaltigkeit als realistischen Weg in die Zukunft vermittelt.

2. Neue Allianzen aufbauen

EI sollte neue strategische Allianzen mit Akteur*innen und Verbänden in der Breite der Gesellschaft eingehen und ihre Akteur*innen sich als gleichberechtigte Partner*innnen für partizipative Antworten auf globale Fragen in den Lebenswelten verstehen. Sie sollten „Szene"-Orientierung hinterfragen und selbst nicht als „Blase" oder Organisator*in von Aktivismus agieren.

3. Mehr zuhören: Von den Nöten der Menschen zu den globalen Zusammenhängen

EI braucht eine methodische Wende, sollte künftig induktiv vom Konkreten zum Allgemeinen vorgehen und nicht umgekehrt: bei den Menschen und auch ihren Nöten beginnen, von dort aus globale Verflechtungen sichtbar machen und dann den Bezug zu den SDGs herstellen.

4. Inlandsarbeit als Raum, in dem Bürger*innen Ansichten und Lösungen aushandeln

EI sollte Räume schaffen, in denen Bürger*innen selbst Interessen für die Gestaltung globaler Beziehungen aushandeln und so Zusammenhalt und demokratische Prozesse stärken. Humanitäre Hilfe und gegenseitige globale Unterstützung in Krisen sollten stärker Thema auch in der **EI** sein.

5. Konfliktfähigkeit stärken: Gewaltfreie Kulturen versus patriarchale Gewalt

EI sollte gewaltfreie Kulturen als Querschnittsaufgabe fördern und Gewalt dabei nicht nur zwischenstaatlich, sondern auch in ihren gesellschaftlichen, strukturellen und patriarchalen Formen verstehen. Dialog und Konfliktfähigkeit sollten gestärkt werden.

Debatte

6. Dekolonialität erfahrbar machen: Vom Machtgefälle vor Ort zu globalen Zusammenhängen

Wir verstehen Dekolonialität als Einladung, Machtverhältnisse zu erkennen, bei uns und weltweit. Machtgefälle zwischen Zentren und Peripherien, ländlich wie städtisch, in West- und Ostdeutschland, lassen sich als eigene lokale Erfahrungen mit Abhängigkeit und Fremdbestimmung thematisieren, ohne sie mit Kolonialismus gleichzusetzen oder diesen zu verharmlosen. Ostdeutsche Länder sind dafür ein besonders deutliches Beispiel, weil der Transformationspfad nach 1990 die Randlage zusätzlich geprägt hat. Peripherisierte Räume sollten gezielt basisdemokratisch und ohne Paternalismus gestärkt werden.

7. Beitrag zu einer demokratischen und multilateralen europäischen Geopolitik stärken

EI sollte die internationale Rolle Deutschlands und Europas zum Gegenstand gesellschaftlicher Bildung und Aushandlung machen und dabei Handlungsfähigkeit, Demokratie, Multilateralismus, Menschenrechte und Dekolonialität gemeinsam betrachten.

8. Wirtschaftliche Beziehungen fair, zukunftsfähig und dekolonial gestalten

EI sollte wirtschaftliche Beziehungen als gestaltbar verstehen, Macht, Interessen und Nutzenverteilungen transparent machen und sowohl koloniale Kontinuitäten als auch die Bedeutung fairer Wirtschaftsbeziehungen realistisch für die Zukunft Deutschlands und Europas thematisieren. Gesellschaftlicher Nutzen und wirtschaftliche Interessen sollten keine Tabuthemen sein.

9. Beyond 2030: Internationale Zusammenarbeit jenseits von Gebern und Nehmern

Beyond 2030 sollte zu einem Bezugspunkt werden, um die SDGs und internationale Zusammenarbeit weiterzuentwickeln: weg von der Geber-Nehmer-Logik, hin zu gemeinsamer Verantwortung und Finanzierung globaler öffentlicher Güter, etwa über Modelle des Global Public Investment (GPI). Translokale solidarische Bürger*innen-zu-Bürger*innen-Beziehungen sowie zivilgesellschaftliche globale Vernetzung sind dabei Teil dieser globalen Infrastruktur.

10. KI und digitale Souveränität: Handwerklich nutzen, kritisch reflektieren, Risiken gemeinsam beherrschen

Die Beherrschung der Risiken künstlicher Intelligenz ist ein globales Anliegen: Sicherheit und Aufsicht lassen sich nicht national herstellen, und sie sind gerecht nur möglich, wenn der Globale Süden an den Regeln gleichberechtigt beteiligt ist. Die **EI** befähigt deshalb zum kompetenten Umgang mit KI, macht ihre globalen Entstehungsbedingungen sichtbar und stärkt die Beteiligung an ihrer Steuerung.

Debatte

Zehn Diskussionsthesen ausführlich

1. Narrative der Zuversicht in Ost und West: Gestaltbarkeit erfahrbar machen

Viele Menschen erleben die Gegenwart als eine Abfolge von Krisen: Kriege und geopolitische Konflikte, wirtschaftliche Unsicherheit, Klimafolgen und wachsende gesellschaftliche Spaltung. Rechtsextreme Kräfte gewinnen an Zustimmung, wie zuletzt die Wahl in Sachsen-Anhalt gezeigt hat. Sie setzen rechtsstaatliche Institutionen unter Druck und bedrohen konkret Menschen mit internationaler Biografie ebenso wie zivilgesellschaftliche Organisationen und deren Finanzierung. Wo Angst, Ohnmacht und Rückzug das Bild bestimmen, wird auch globale Solidarität schwerer vermittelbar.

Zuversicht ist in dieser Lage kein Schönreden und keine Verharmlosung. Sie beginnt damit, Sorgen und Verunsicherung ernst zu nehmen und zugleich sichtbar zu machen, dass Entwicklungen gestaltbar sind. In jedem Umbruch liegt auch die Chance zur Erneuerung: für eine lebendige Demokratie, für global gerechte Nachhaltigkeit und für neue, faire internationale Regeln, Institutionen und Bündnisse. Ein Narrativ der Zuversicht stellt deshalb nicht allein Befürchtungen in den Raum, sondern erzählt auch von neuen Allianzen, neuen Ideen, überraschender Unterstützung und gelebter Solidarität.

Wichtig ist, dass dieses Narrativ nicht bei abstrakten Werten stehen bleibt. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Geschlechtergerechtigkeit, Diskriminierungsfreiheit und sozial-ökologische Nachhaltigkeit sind nicht nur Werte, für die es sich einzusetzen lohnt. Sie sind der richtige und realistische Weg in die Zukunft, für die Menschen ebenso wie für Wirtschaft und Politik, in Deutschland und global. Diese Aussage braucht Belege und Geschichten aus dem Alltag: Beispiele gelingender Zusammenarbeit, funktionierender Partnerschaften und wirksamen gemeinsamen Handelns. Damit knüpft die These an den Perspektivwechsel in These 3 an: Zuversicht entsteht dort, wo Menschen bei ihren eigenen Erfahrungen und Nöten abgeholt werden und erleben, dass gemeinsam entwickelteLösungen möglich sind.

Zuversicht muss zugleich gelebt und organisiert werden. Die **EI** versteht sich dabei als Netzwerk von Multiplikator*innen, das Solidarität organisiert, Orientierung bietet und gemeinsam Resilienz und Motivation stärkt. Dazu gehört, Kolleg*innen und Grassrootsinitiativen in besonders unter Druck stehenden Regionen, derzeit v.a. in ostdeutschen Bundesländern, politisch, menschlich und, wo möglich, praktisch und finanziell zu unterstützen. Es gehört ebenso dazu, in allen Bundesländern in die gesellschaftliche Auseinandersetzung zu gehen: auf politischen Bühnen wie in der beiläufigen Begegnung, in Stadtteilen und Dörfern, an Runden Tischen und in Gremien, im Gespräch mit Politik, Verwaltung, Verbänden, Unternehmen und Nachbar*innen. Lokale Initiativen und zivilgesellschaftliche Grassrootsstrukturen sollten – insbesondere in Ostdeutschland, ohne Paternalismus und in ihrer Basisdemokratie – gestärkt werden, und es sollten neue Bündnisse und neue Zielgruppen gesucht werden.

Debatte

Eine solche Haltung ist positiv und gewaltfrei. Sie steht in engem Zusammenhang mit der Förderung gewaltfreier Kulturen (These 5) und mit neuen Allianzen (These 2). Haltung bedeutet dabei nicht Überwältigung: Der Beutelsbacher Konsens mit dem Überwältigungsverbot und dem Gebot der Kontroversität bleibt leitend. Zuversicht wird nicht verordnet, sondern durch Beteiligung, Begegnung und eigene Urteilsbildung ermöglicht.

Damit Zuversicht tragfähig ist, braucht sie verlässliche Rahmenbedingungen. Wenn zivilgesellschaftliche Strukturen und ihre Finanzierung unter Druck geraten, wird Zuversicht brüchig. **EI** sollte deshalb auch Förderstrukturen einfordern und umsetzen, die Einschnitte verhindern und langfristige Arbeit ermöglichen. Es geht darum, dass diese Stimmen laut bleiben und das demokratische Gemeinwesen erneuert und gestärkt wird.

2. Neue Allianzen aufbauen

EI sollte neue strategische Allianzen mit Akteur*innen und Verbänden in der Breite der Gesellschaft eingehen, bzw. diese konsequent ausbauen. Es geht nicht darum, aus der „Eine-Welt-Blase“ oder aktivistischen „Szene“ herauszukommen, um andere „von außen“ zu erreichen: Gesellschaft ist nicht eine von uns zu erziehende Empfängerin von Botschaften. Es geht also darum, gar nicht erst die vielzitierte „Blase“ oder „Szene“ zu sein, sondern sich als Teil der Gesellschaft zu verstehen. **EI** knüpft bei den Lebensrealitäten und Gefühlslagen der Menschen an und stellt Bezüge zu globalen Zusammenhängen her. Unsere Sprache und unser Wording sind auf die jeweiligen Kontexte abgestimmt, hier bedarf es Überarbeitungen. Im Sinne des Globalen Lernens grenzt sich **EI** von belehrendem Auftreten, politischer Vereinnahmung oder aktivistischer Überwältigung ab. Das erfordert mitunter auch ein anderes Verständnis der eigenen Rolle: Akteur*innen der **EI** verstehen sich als Partner*innnen in gesellschaftlichen Zusammenhängen, mit eigenen Kompetenzen, aber ohne erhobenen Zeigefinger. Neue Allianzen sind deshalb nicht nur ein Weg, „neue“ Zielgruppen zu erreichen oder zu mobilisieren, sondern die Chance, gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Akteur*innen neue Ansätze und Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln.

Dafür gibt es zahlreiche Anknüpfungspunkte: Landwirtschaft und Landfrauen können globale Ernährungssysteme, Klimafolgen und Lieferketten zum Thema machen. Feuerwehren, THW und Katastrophenschutz beschäftigen sich mit Krisenvorsorge, Klimaanpassung und Katastrophenhilfe. Im Sport und Inklusion können Fragen von Vielfalt, gesellschaftlichem Zusammenhalt, Miteinander, Migration und internationalen Beziehungen aufgegriffen werden. Handwerk und Wirtschaft bieten Anknüpfungspunkte zu Rohstoffen, Lieferketten und internationalen Arbeitsbeziehungen. Schulen, Kirchen und migrantische Organisationen verfügen über eigene Zugänge zu gesellschaftlicher Beteiligung und globalen Beziehungen. Dürren und Landwirtschaft stehen im Zusammenhang globaler Ernährungsfragen. Haushalts-, Pflege- und Sorgearbeit kann ein Zugang sein, um Fragen von Migration, Geschlechterverhältnissen, Arbeitsbedingungen und globalen Arbeits- und Care-Strukturen zu thematisieren.

Dabei sollte die Eine Welt-Arbeit nicht mit fertigen Themen an andere gesellschaftliche Gruppen herantreten. Ausgangspunkt sollten die Fragen und Interessen der jeweiligen Partner*innen sein. Aus

Debatte

diesen gemeinsamen Fragen können globale Zusammenhänge entstehen. Dafür braucht es längerfristige Lern-, Netzwerk- und Handlungsprozesse statt ausschließlich gemeinsamer Einzelveranstaltungen.

Die Rolle der **EI** verändert sich damit: Sie wird stärker zur Vermittlerin und Mitgestalterin zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen und ermöglicht gemeinsame Lern- und Handlungsprozesse. Dafür braucht es auch Förderstrukturen, die Kooperation und Netzwerkbildung über einzelne Projekte hinaus ermöglichen.

3. Mehr zuhören: Von den Nöten der Menschen zu den globalen Zusammenhängen

EI muss mehr zuhören: Die Zeiten, in denen wir selbstverständlich von den SDGs und multilateralen Abkommen ausgehend auf die Menschen zugehen, sind vorbei. Viele Menschen folgen dem nicht mehr, gerade in Zeiten von Krisen und Verunsicherung. Es braucht deshalb eine Umkehr im Vorgehen: Ausgangspunkt sind die Fragen, Erfahrungen, Emotionen, Interessen und Nöte der Menschen. Neurowissenschaftliche Erkenntnisse, dass die Emotionen zunächst adressiert werden müssen und dann erst Inhalte wahrgenommen werden, sollten grundlegend für didaktische Herangehensweisen in der **EI** sein, Emotionen als notwendiger Bestandteil von Entscheidungs- und Bildungsprozessen stärker berücksichtigt werden. Von dort ausgehend können dann im nächsten Schritt globale Verflechtungen sichtbar gemacht werden, und erst danach lässt sich zeigen, was all das mit den SDGs und internationalen Vereinbarungen zu tun hat und sich die den Menschen eigene Bereitschaft zur Solidarität mobilisieren.

Diese Umkehr entspricht zugleich einem gesellschaftlichen Wandel. Werteorientierte Bildungsarbeit konnte lange auf einen gewissen gesellschaftlichen Grundkonsens bauen: Dass globale Solidarität zwischen den Menschen, Menschenrechte, nachhaltige Entwicklung und internationale Zusammenarbeit geboten sind, musste kaum begründet werden. Der Appell an gemeinsame Werte fand breite Zustimmung. Dieser Konsens trägt heute nicht mehr selbstverständlich. Vielmehr sind die Menschen zahlreichen parallelen Transformationen ausgesetzt, wovon sie oft überfordert sind. Solidarität, Weltoffenheit und multilaterale Zusammenarbeit werden schneller infrage gestellt, politisiert und polarisiert. Wer solche Ziele und Werte vertritt, wird nicht mehr automatisch gehört, sondern eher einem bestimmten Lager zugeordnet. Bildungsarbeit, die ihre Wertebasis voraussetzt, läuft deshalb ins Leere. Sie muss ihre Relevanz neu erschließen, indem sie bei dem ansetzt, was Menschen tatsächlich bewegt. Werte darf sie dabei nicht einfach voraussetzen, sondern muss sie über gemeinsame Erfahrungen und Aushandlung erlebbar sowie begründbar machen. Die neue Herangehensweise ist damit keine Frage didaktischer Vorlieben, sondern eine notwendige Antwort auf veränderte gesellschaftliche Voraussetzungen.

Das bedeutet, stärker induktiv vorzugehen. Induktiv heißt, vom Konkreten zum Allgemeinen zu gelangen: Die Bildungsarbeit beginnt mit einem konkreten Beispiel, einer Erfahrung oder einer Frage aus dem Lebensalltag, erschließt daraus gemeinsam mit den Teilnehmenden Muster und Zusammenhänge und führt erst dann zu den globalen Strukturen, Zielen und Vereinbarungen. Das Gegenteil wäre ein

Debatte

deduktives Vorgehen, das bei allgemeinen Prinzipien, SDGs oder Abkommen beginnt und diese auf den Alltag anwendet.

Ausgangspunkt können beispielsweise Fragen des täglichen Lebens sein: Warum ist mein niedriger Lohn unfair? Warum bedrohen mich Dürren und Überschwemmungen? Warum habe ich Angst vor Krieg und Gewalt? Was bedeutet eine internationale Krise für die eigene Gemeinde? Was passiert bei einer Katastrophe? Aus solchen konkreten Fragen können sich Zugänge zu globalen Lieferketten, Klimawandel, Arbeitsmigration, internationalen Konflikten, globaler Ungleichheit oder wirtschaftlichen Abhängigkeiten entwickeln. Sie lassen sich zugleich mit dem gesellschaftlichen Wandel verknüpfen, den die Menschen selbst erleben, etwa mit Strukturwandel, veränderten Arbeitswelten, Preissteigerungen oder Klimafolgen vor Ort.

Beispiele

Ansprache im Lokalraum	Wirkweg/ Wirkrichtung	Menschheitsthema / Eine Welt-Themen	SDG
Überhitzte Stadt, Waldbrände, Dürren, Überschwemmungen, Wasserknappheit	→	Klima, Ernährungsicherheit	6,11,13,15
Steigende Kosten, Angst vor sinkendem Lebensstandard, Armut, schlechte Bildung	→	Armut, Teilhabe, Hunger	1,2,3,4,7
Niedrige Löhne, Gefühl des Abgehängt- und Ausgenutztseins in der ehemaligen DDR	→	benachteiligte ländliche Räume, Kolonialismus, fairer Handel, Rohstoffe, Lieferketten	8,10,12
Angst vor Krieg, patriarchale Gewalt, Paternalismus, Dominanz	→	Demokratie, Dialogkultur, Friedensfähigkeit, Feminismus, Überwindung patriarchale Gewalt	5,16
Jugend: Frust wegen geringer Beteiligung, schlechter Bildung, Zukunftsängste, hohe Kosten, Klimawandel	→	Jugendbeteiligung, Generationengerechtigkeit, Zukunftsgestaltung	4, 10, 8
Migration als Erfahrung, Diskriminierung als Migrant*in	→	Migration als individuelle und gesellschaftliche Kompetenz, Migration als Zukunftsperspektive, (welt-) gesellschaftlicher Zusammenhalt, Menschenrechte	8,10,17
...	→	...	...

Dafür braucht es auch neue praktische Instrumente, aber noch viel mehr eine neue methodische und narrative Herangehensweise. Geschichten, persönliche Begegnungen, konkrete Erfahrungen, Bilder, Musik, Humor und andere emotionale Zugänge sind als praktische Instrumente bekannt und stehen zur Verfügung. Entscheidend ist, sie konsequent zu nutzen und die Bildungsarbeit anders zu erzählen. Das gilt auch für Argumentation, Websites und Materialien: Sie sollten nicht vom Kopf her und nicht von dem ausgehen, was die SDGs wollen, sondern direkt bei den Menschen und auch ihren Nöten beginnen und erst dann den Bezug zu den SDGs herstellen. Emotionalität sollte dabei nicht als Gegensatz zu politischer Bildung verstanden werden. Sie kann Lernprozesse eröffnen und Menschen einen persönlichen Zugang zu Themen ermöglichen.

Gleichzeitig muss die eigenständige Urteilsbildung erhalten bleiben. Emotionalisierung darf nicht dazu dienen, bestimmte politische Haltungen zu erzeugen oder Menschen zu überwältigen. Der Beutelsbacher Konsens, insbesondere das Überwältigungsverbot und das Gebot der Kontroversität,

Debatte

bleibt deshalb eine wichtige Orientierung. Ziel ist nicht weniger Emotionalität, sondern eine andere Verbindung von Emotion, Reflexion, Wissen und eigener Urteilsbildung.

EI sollte darüber hinaus stärker auf Selbstwirksamkeit und Zuversicht ausgerichtet sein. Menschen sollten nicht nur verstehen, welche globalen Probleme existieren, sondern wir sollten Anstrengungen und Methoden intensivieren, dass sie konkrete und vorzeigbare Erfahrungen machen, dass sie gemeinsam mit anderen Handlungsmöglichkeiten entwickeln können.

4. Inlandsarbeit als Raum, in dem Bürger*innen Ansichten und Lösungen aushandeln

Die Gestaltung globaler Beziehungen darf nicht allein Regierungen, Verwaltungen, Unternehmen oder internationalen Organisationen überlassen werden. Nachhaltige Globalisierung braucht die Mitwirkung der Gesellschaft: Sie kann nur gelingen, wenn sie von möglichst vielen Menschen verstanden, mitgetragen und im Alltag gelebt wird. Bürger*innen sind dabei nicht nur Adressat*innen von Information und Bildung, sondern Mitgestaltende. Sie sollten die Möglichkeit erhalten, sich mit der internationalen Rolle Deutschlands und Europas auseinanderzusetzen, unterschiedliche Interessen kennenzulernen und eigene Ansichten einzubringen, gerade in Krisenzeiten.

Der Kern dieser These ist deshalb die Aushandlung selbst: **EI** schafft Räume, in denen Bürger*innen Ansichten, Interessen und Lösungsvorschläge entwickeln, gegeneinander abwägen und Kompromisse suchen. Themen wie Klimaschutz, Gesundheit, Frieden, globale Gemeinschaftsgüter, internationale Steuergerechtigkeit oder Migration können dabei mit konkreten Fragen des Alltags verbunden werden. Gerade weil internationale Politik komplex und teilweise kontrovers ist, braucht es Räume für sachliche Diskussion, Perspektivwechsel und demokratische Verständigung. Ergebnisse solcher Aushandlungsprozesse können in politische Debatten und Entscheidungen zurückfließen. Solche Räume stärken zugleich den gesellschaftlichen und demokratischen Zusammenhalt, denn sie bringen Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen und Interessen miteinander ins Gespräch und machen demokratische Prozesse erfahrbar.

Die Befähigung zum Handeln, zum Aufbau von Beziehungen und zu gemeinsamem Engagement war schon immer eine Stärke der Eine Welt-Arbeit und bleibt selbstverständlicher Teil der **EI**. Der Akzent dieser These liegt darauf, dass diesem Handeln die gemeinsame Aushandlung vorausgeht und es begleitet: Menschen bringen eigene Perspektiven und Lösungen ein, statt vorgefertigte Positionen zu übernehmen. Wer selbst mit aushandelt, erlebt Demokratie und globale Verantwortung als etwas Eigenes und nicht als Vorgabe von außen. Aus gemeinsam entwickelten Lösungen kann dann gemeinsames Handeln entstehen.

Dazu gehört auch die humanitäre Hilfe, die bisher in der **EI** zu wenig Thema ist. Humanitäre Krisen, Kriege, Flucht und Katastrophen bieten konkrete Anknüpfungspunkte, um globale Zusammenhänge und internationale Verantwortung verständlich zu machen. Humanitäre Hilfe sollte deshalb als fester Bestandteil der **EI** verstanden und systematischer und stärker mit Bildungs- und Engagementprojekten verbunden werden. Ob als weltbürgerschaftliche Solidarität, aus Nächstenliebe, aus historischer

Debatte

Verantwortung, in der Überzeugtheit an eine menschenrechtsbasierte Weltordnung oder zur Bewahrung der Schöpfung sollten Nothilfe, Prävention, Entwicklung, Frieden und gesellschaftliches Engagement stärker zusammengedacht werden.

5. Konfliktfähigkeit stärken: Gewaltfreie Kulturen versus patriarchale Gewalt

Krieg, Aufrüstung, Dominanz, die Normalisierung von Kriegsverbrechen sowie Antisemitismus, Rassismus und Ethnifizierung von Interessen prägen die politische und mediale Debatte. Verrohung von Gesellschaften und der Verlust demokratischer Kompetenzen sind die Folge. Friedensbildung sollte deshalb stärker als Querschnittsaufgabe der **Entwicklungspolitischen Inlandsarbeit** verstanden werden. **EI** kann Ursachen von Konflikten, Machtasymmetrien und globale Ungleichheiten sichtbar machen und Räume für Perspektivwechsel, Dialog und die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen friedenspolitischen Optionen schaffen. Dabei ist die Zivilgesellschaft selbst eine wichtige Akteurin: Friedenspolitische Organisationen und Initiativen verfügen über spezifische Erfahrungen und Kompetenzen, die stärker in gesellschaftliche Bildungsprozesse einbezogen werden sollten.

Gleichzeitig sollte ein umfassender Begriff von Gewalt zugrunde gelegt werden. Gewalt findet nicht nur zwischen Staaten oder in bewaffneten Konflikten statt, sondern auch in gesellschaftlichen und privaten Beziehungen, in Form von Rassismus, Diskriminierung, sozialer Ausgrenzung und patriarchalen Machtverhältnissen. Diese unterschiedlichen Formen von Gewalt sind nicht gleichzusetzen, können aber hinsichtlich ihrer Entstehungsbedingungen, Machtverhältnisse und Möglichkeiten der Prävention miteinander in Beziehung gesetzt werden.

Eine solche Perspektive erweitert die **EI** um Ansätze der Friedensbildung, wie gewaltfreie Kulturen entstehen und im Alltag eingeübt werden können. Dazu gehören Dialogfähigkeit, Konfliktkompetenz, Beteiligung, gegenseitiger Respekt und die Fähigkeit, unterschiedliche Interessen auszuhalten. Auch Fragen von Sicherheit, Rüstung und internationaler Ordnung sollten nicht ausschließlich staatlichen und sicherheitspolitischen Akteuren überlassen werden. Wo militärische oder sicherheitspolitische Logiken dominieren, braucht es insbesondere zivile Strukturen und Kompetenzen für Verständigung, Prävention, Wiederaufbau und Post-Konflikt-Prozesse.

6. Dekolonialität erfahrbar machen: Vom Machtgefälle vor Ort zu globalen Zusammenhängen

Wir verstehen Dekolonialität als Einladung, Machtverhältnisse zu erkennen, bei uns und weltweit. Machtgefälle zwischen Zentren und Peripherien, ländlich wie städtisch, in West- und Ostdeutschland, lassen sich als eigene lokale Erfahrungen mit Abhängigkeit und Fremdbestimmung thematisieren, ohne sie mit Kolonialismus gleichzusetzen oder diesen zu verharmlosen. Ostdeutsche Länder sind dafür ein besonders deutliches Beispiel, weil der Transformationspfad nach 1990 die Randlage zusätzlich geprägt hat. Peripherisierte Räume sollten gezielt basisdemokratisch und ohne Paternalis-

Debatte

mus gestärkt werden.

Ausschlaggebend ist dabei, solche Erfahrungen ausdrücklich nicht mit Kolonialismus gleichzusetzen, bzw. diesen zu verharmlosen, sondern dabei auch die historische Unrechtsrolle und Privilegien des Globalen Nordens zu thematisieren. Ein solche Perspektive kann helfen, Sensibilität für ungleiche Machtverhältnisse und Abhängigkeiten zu entwickeln.Von diesem Ausgangspunkt können koloniale Herrschaft und ihre historischen und gegenwärtigen Folgen verständlicher werden. Dazu gehören globale Wirtschafts-, Handels- und Wissensordnungen ebenso wie Fragen von Kultur, Repräsentation und Restitution. Eine dekoloniale Perspektive sollte außerdem die eigenen Interessen und Privilegien Deutschlands und Europas sichtbar machen.

Dazu gehört auch, die klassische Geber-Nehmer-Perspektive zu überwinden (These 9). Internationale Zusammenarbeit sollte stärker als Beziehung zwischen Gesellschaften und Menschen verstanden werden, die gemeinsam an globalen Herausforderungen arbeiten. Stimmen und Perspektiven aus dem Globalen Süden müssen dabei eine stärkere Rolle spielen und **EI** muss diesen Perspektiven proaktiver und in größerem Umfang Raum geben. Transparenz über Interessen, Machtverhältnisse, Privilegien und Nutzenverteilungen ist eine wichtige Voraussetzung für einen machtkritischen Dialog.

7. **EI** als Beitrag zu einer demokratischen Geopolitik stärken

Die internationale Rolle Deutschlands und Europas sollte stärker Gegenstand von Bildung und gesellschaftlicher Aushandlung werden. Die Frage, welche Rolle Deutschland und die Europäische Union in einer zunehmend konflikthaften und multipolaren Welt einnehmen wollen, betrifft nicht nur Regierungen und außenpolitische Institutionen, sondern auch die Gesellschaft.

Geopolitische Handlungsfähigkeit sollte dabei nicht ausschließlich als Durchsetzung eigener Interessen verstanden werden. Eine demokratische und zukunftsfähige internationale Politik braucht ebenso starke multilaterale Institutionen, internationale Regeln, verlässliche Kooperation und demokratische Legitimation. Gleichzeitig müssen Machtasymmetrien und koloniale Kontinuitäten kritisch reflektiert werden.

EI kann dazu beitragen, unterschiedliche geopolitische Perspektiven sichtbar zu machen und Interessen offenzulegen. Dazu gehört auch, Zielkonflikte nicht zu verdecken: zwischen Sicherheitsinteressen und Demokratie, wirtschaftlichen Interessen und globaler Gerechtigkeit, nationalen Interessen und internationalen Verpflichtungen oder zwischen kurzfristigem Handlungsdruck und langfristiger Kooperation.

Eine solche Bildungsarbeit sollte unterschiedliche Positionen zugänglich machen und demokratische Auseinandersetzung ermöglichen. Sie sollte zugleich die Bedeutung multilateraler Organisationen und internationaler Zusammenarbeit verständlich machen. Deutschland und Europa können so als Akteure einer demokratischen, kooperativen und dekolonial reflektierten internationalen Ordnung zum Gegenstand gesellschaftlicher Debatte werden.

Debatte

8. Wirtschaftliche Beziehungen fair, zukunftsfähig und dekolonial gestalten

Wirtschaftliche Beziehungen sind ein zentraler Bestandteil globaler Beziehungen und zugleich ein Bereich, in dem Macht, Interessen und Abhängigkeiten besonders deutlich werden. Internationale Wertschöpfungsketten, Menschenrechte, Rohstoffmärkte, Handelsabkommen, Arbeitsbeziehungen und globale Finanzstrukturen sind deshalb nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische und gesellschaftliche Themen. **EI** sollte Machtkonstellationen, Interessen und Nutzenverteilungen in diesen Beziehungen herausarbeiten.

Eine dekoloniale Perspektive bedeutet dabei, historische Machtverhältnisse und ihre Kontinuitäten sichtbar zu machen. Sie fragt zudem danach, wer heute von wirtschaftlichen Beziehungen profitiert, wer Risiken trägt, wie Wertschöpfung verteilt wird und welche Handlungsmöglichkeiten unterschiedliche Akteure haben. Zugleich sollten die wirtschaftlichen und politischen Interessen Deutschlands und Europas offen benannt und transparent gemacht werden.

EI sollte deshalb nicht bei der Vermittlung von „fairen" oder „unfairen" Handelsbeziehungen stehen bleiben. Sie sollte Menschen befähigen, unterschiedliche Interessen und Zielkonflikte zu verstehen und sich mit möglichen Formen einer gerechteren Gestaltung wirtschaftlicher Beziehungen auseinanderzusetzen. Dazu gehören Fragen von Lieferketten, Rohstoffen, internationaler Steuergerechtigkeit, Menschenrechte und Arbeitsbedingungen, Klimaschutz und globaler Verteilung.

Dabei sollte auch die Frage nach Deutschlands eigenem Zukunftsinteresse realistisch thematisiert werden. Internationale Zusammenarbeit ist nicht nur Ausdruck globaler Verantwortung, sondern auch eine Voraussetzung dafür, dass Menschen in einer eng verflochtenen Welt dauerhaft gut leben und Wirtschaften sich nachhaltig entwickeln können. Deutschland ist auf verlässliche internationale Beziehungen, stabile Partner, funktionierende Gesellschaften und tragfähige Wirtschafts- und Handelsbeziehungen angewiesen.

Dabei geht es ausdrücklich nicht um eine Rückkehr zu einer rein interessengeleiteten Begründung internationaler Zusammenarbeit. Vielmehr geht es um die Einsicht in eine gemeinsame Interessenlage: Eine demokratische, stabile und kooperative Welt schafft auch für Deutschland bessere Voraussetzungen für Wohlstand, Innovation, Sicherheit und gesellschaftliche Entwicklung. **EI** kann dazu beitragen, diesen Zusammenhang verständlich zu machen und zugleich kritisch zu hinterfragen, unter welchen Bedingungen wirtschaftliche Beziehungen tatsächlich fair, nachhaltig und für alle Beteiligten tragfähig sind.

9. Internationale Zusammenarbeit jenseits der Geber-Nehmer-Logik neu denken

Die internationale Zusammenarbeit steht vor einem grundlegenden Perspektivwechsel. Sie sollte nicht länger primär als Transfer von Ressourcen von Geber- zu Nehmerländern verstanden werden.

Debatte

Im Horizont von Beyond 2030 geht es darum, die SDGs und ihre Umsetzung weiterzuentwickeln und eine neue Architektur gemeinsamer globaler Verantwortung zu denken. Konzepte des Global Public Investment (GPI) weisen in diese Richtung: Alle Länder tragen entsprechend ihren Möglichkeiten zur Finanzierung globaler öffentlicher Güter bei und können zugleich von gemeinsamen Investitionen profitieren. Damit verschiebt sich die Logik von Hilfe und Transfer hin zu gemeinsamer Finanzierung und Gestaltung globaler Herausforderungen. **EI** kann dazu beitragen, diesen Systemwandel gesellschaftlich verständlich und verhandelbar zu machen. Es geht darum, internationale Zusammenarbeit nicht nur zu erklären, sondern darüber zu diskutieren, wie eine neue globale Infrastruktur demokratisch, gerecht und gemeinsam gestaltet werden kann.

Translokale Bürger-zu-Bürger-Beziehungen, Städte-, Schul-, Vereins- und Kirchenpartnerschaften sowie internationale Kooperationen kleiner und mittlerer Organisationen sind Teil dieser neuen Infrastruktur. Sie schaffen konkrete Beziehungen, gegenseitiges Lernen und gesellschaftliche Grundlagen für eine neue Form globaler Zusammenarbeit. Essenziell ist hierbei die zivilgesellschaftliche globale Vernetzung, die weiter ausgebaut werden muss – gerade im Bildungs- und Engagementbereich.

EI sollte die Debatte um die Weiterentwicklung der SDGs und Modelle des Global Public Investment aufgreifen und mit konkreten Erfahrungen globaler Zusammenarbeit verbinden. Förderungen sollten translokale Beziehungen und globale zivilgesellschaftliche Vernetzung als langfristige Infrastruktur globaler Kooperation stärken.

10. KI und digitale Souveränität: Handwerklich nutzen, kritisch reflektieren, Risiken gemeinsam beherrschen

KI verändert Arbeit, Bildung, Kommunikation und öffentliche Meinungsbildung sehr schnell. Wer nicht lernt, mit ihr umzugehen, verliert zunehmend Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe. Das gilt für Einzelne ebenso wie für zivilgesellschaftliche Organisationen und die Eine Welt-Arbeit selbst. Digitalisierung strukturiert immer mehr die globalen Verhältnisse und rückt ins Zentrum auch von globaler solidarischer Zusammenarbeit. **EI** sollte Menschen deshalb schwerpunktmäßig dabei unterstützen, KI handwerklich zu nutzen: ihre Funktionsweise, Möglichkeiten und Grenzen zu verstehen, Ergebnisse zu prüfen und sie sinnvoll im Alltag, im Beruf und im Engagement einzusetzen. Wie in These 3 beginnt das bei konkreten Erfahrungen und Fragen der Menschen.

Zugleich darf dieser Umgang nicht unkritisch bleiben. KI entsteht unter globalen Verhältnissen, die Fragen von Macht, Abhängigkeit und Ungleichheit berühren. Entwicklung und Kontrolle liegen bei wenigen Unternehmen und Staaten. Trainingsdaten spiegeln überwiegend Sprachen, Wissensbestände und Perspektiven des Globalen Nordens. Daten werden häufig ohne Mitsprache derjenigen gewonnen, von denen sie stammen. Zuarbeiten wie das Sortieren und Beschriften von Daten oder die Moderation von Inhalten werden oft unter prekären Bedingungen im Globalen Süden geleistet, und auch Rohstoffe, Energie und Wasser für die digitale Infrastruktur sind global ungleich verteilt. Solche Kontinuitäten werden unter dem Begriff digitaler Kolonialismus diskutiert. Wie bei These 6 gilt dabei: Der Begriff hilft, Machtverhältnisse zu befragen, ohne historische Kolonialgewalt mit heutigen digitalen

Debatte

Strukturen gleichzusetzen.

Entscheidend ist, beides zusammenzuhalten, statt Technikbegeisterung und Ablehnung gegeneinander auszuspielen. Kompetenz und Kritik gehören zusammen: Wer KI nutzt, sollte auch fragen können, wer davon profitiert, wer die Lasten trägt, wessen Wissen vorkommt und wer über Regeln und Standards entscheidet. Diese Fragen sind nicht vorgegeben, sondern werden im Sinne von These 4 gemeinsam ausgehandelt, im Einklang mit dem Beutelsbacher Konsens und der eigenständigen Urteilsbildung. Sie knüpfen an die Machtfragen in wirtschaftlichen Beziehungen (These 8) und an die Debatte um Regulierung und digitale Souveränität in einer demokratischen europäischen Geopolitik (These 7) an.

Stimmen und Erfahrungen aus dem Globalen Süden sollten dabei eine stärkere Rolle spielen. Partnerschaften und translokale Beziehungen (These 9) bieten die Chance, gemeinsam mit Partnerorganisationen zu reflektieren, wie KI dort erlebt, genutzt und gestaltet wird. **EI** sollte außerdem die eigene Praxis prüfen, etwa beim Einsatz KI-generierter Bilder und Texte, die Stereotype über Regionen und Menschen des Globalen Südens reproduzieren können, und transparent machen, wie und wozu KI eingesetzt wird. Dass Rahmenbedingungen, Regeln und Beteiligung gestaltbar sind, ist auch hier eine Botschaft der Zuversicht (These 1). Dafür braucht es Qualifizierung und Förderstrukturen, die Zeit für Lernen und Reflexion ermöglichen.

Debatte

Schlussgedanke

Die Neuausrichtung der **EI** besteht weniger in einer Erweiterung des Themenkatalogs als in einer veränderten Rolle. Aus der Vermittlung globaler Zusammenhänge sollte stärker gesellschaftliche Aushandlungsprozesse, Begegnung und gemeinsames Handeln werden. EI verbindet dabei Narrative der Zuversicht, die Gestaltbarkeit sichtbar machen und zum Handeln einladen, neue Allianzen, eine bei den Nöten der Menschen ansetzende methodische und narrative Neuausrichtung, demokratische Aushandlung und gesellschaftlichen Zusammenhalt, Friedensbildung und gewaltfreie Kulturen, dekoloniale Perspektiven, Geopolitik, wirtschaftliche Beziehungen, einen kompetenten und zugleich machtkritischen Umgang mit KI sowie translokale Beziehungen. Humanitäre Hilfe, ökologische Nachhaltigkeit und Klimaanpassung sind Querschnittsthemen, die in diese Bereiche integriert werden sollten.

Zugleich sollte **EI** den Blick auf die Zukunft internationaler Zusammenarbeit richten: Beyond 2030 bietet einen programmatischen Bezugspunkt für die Weiterentwicklung der SDGs und für einen Systemwandel von der Geber-Nehmer-Logik hin zu gemeinsamer Verantwortung für globale öffentliche Güter. Modelle des Global Public Investment und die vielfältigen translokalen Beziehungen der Eine Welt-Arbeit können dabei als Elemente einer neuen globalen Infrastruktur verstanden werden. Die besondere Stärke der Eine Welt-Arbeit liegt in ihren lokalen Strukturen, internationalen Partnerschaften und ihrer Fähigkeit, unterschiedliche Menschen und Organisationen miteinander zu verbinden. **EI** kann so einen eigenständigen Beitrag zu einer demokratischen, solidarischen und kooperativen Gestaltung globaler Beziehungen leisten.

Die 16 Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland

DEAB – Dachverband für globale Gerechtigkeit Baden-Württemberg e.V.
Fon: 0711/66 48 73 28
info@deab.de
www.deab.de

Eine Welt Netzwerk Bayern e.V.
Fon: 089/35 04 07 96
info@eineweltnetzwerkbayern.de
www.eineweltnetzwerkbayern.de

BER – Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag e.V.
Fon: 030/42 85 15 87
info@eineweltstadt.berlin
www.eineweltstadt.berlin

VENROB – Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs e.V.
Fon: 0331/70 489 66
info@venrob.org
www.venrob.org

bremen.global e.V. – Netzwerk für globale Gerechtigkeit
Fon: 0421/69 53 14 53
info@ben-bremen.de
www.ben-bremen.de

Nutzwerk Hamburg Global e.V.
Fon: 040/22 60 92 77
kontakt@hamburg.global
www.hamburg.global

EPN – Entwicklungspolitisches Netzwerk Hessen e.V.
Fon: 069/91 39 51 70
info@epn-hessen.de
www.epn-hessen.de

Eine-Welt-Landesnetzwerk Mecklenburg-Vorpommern e.V.
Fon: 0381/36 767 46-1
info@eine-welt-mv.de
www.eine-welt-mv.de

Niedersachsen.GLOBAL e.V. – Netzwerke der Zivilgesellschaft
Fon: 0511/39 16 50
info@niedersachsen.global
www.niedersachsen.global

Eine Welt Netz NRW e.V.
Fon: 0251/28 46 69-0
info@eine-welt-netz-nrw.de
www.Eine-Welt-Netz-NRW.de

ELAN – Entwicklungspoltisches Landesnetzwerk Rheinland-Pfalz e.V.
Fon: 06131/97 208 67
info@elan-rlp.de
www.elan-rlp.de

NES – Netzwerk Entwicklungspolitik im Saarland e.V.
Fon: 0681/938 52-35
info@nes-web.de
www.nes-web.de

ENS – Entwicklungspolitisches Netzwerk Sachsen e.V.
Fon: 0351/43 83 78 64
kontakt@einewelt-sachsen.de
www.einewelt-sachsen.de

ENSA – Eine Welt Netzwerk Sachsen-Anhalt e.V.
Fon: 0340/43 83 78 64
geschaeftsstelle@einewelt-lsa.de
www.einewelt-lsa.de.de

BEI – Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V.
Fon: 0431/67 93 99-00
info@bei-sh.org
www.bei-sh.org

EWNT – Eine Welt Netzwerk Thüringen e.V.
Fon: 03641/22 499 50
buero@ewnt.de
www.ewnt.de

agl

Impressum + Über die agl

Redaktion:

Dr. Simon Ramírez-Voltaire

Herausgeberin:

agl – Arbeitsgemeinschaft
der Eine Welt-Landesnetzwerke
in Deutschland e.V.,
Am Sudhaus 2, 12053 Berlin,
www.agl-einewelt.de

Erscheinungsdatum:

November 2026

gefördert durch
ENGAGEMENT GLOBAL
mit Mitteln des

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland e.V. verantwortlich. Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Über die agl:

Die Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt Landesnetzwerke in Deutschland e.V. (agl) ist der bundesweite Zusammenschluss der 16 Eine Welt-Landesnetzwerke. Die agl unterstützt ihre Mitglieder in deren Engagement für eine zukunftsorientierte globale Entwicklung, die auf den Prinzipien von sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit, Demokratie und Partizipation beruht.

Auf Landesebene haben sich Eine Welt-Gruppen, Initiativen und Nichtregierungsorganisationen zu Eine Welt-Landesnetzwerken zusammengeschlossen. Die entwicklungspolitische Bildungs- und Inlandsarbeit der Eine Welt-Landesnetzwerke leistet einen entscheidenden Beitrag zur Gestaltung einer zukunftsfähigen, sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Entwicklung. Durch ihre Arbeit tragen sie dazu bei, in der Bevölkerung ein Bewusstsein für globale Zusammenhänge zu fördern.

Gemeinsame Ziele der Arbeit von agl und der Eine Welt-Landesnetzwerke sind die Professionalisierung und der Ausbau der Arbeit lokaler Eine Welt-Gruppen. Die agl erreicht über ihre Mitgliedsverbände bundesweit rund 10.000 entwicklungspolitische Initiativen, Gruppen und Vereine.

Working Paper und Diskussionspapiere stellen keine offiziellen politischen Positionen der agl e.V. dar. Sie dienen der Zirkulation von Diskussionsständen, der Dokumentation von Arbeits- und Diskussionsprozessen sowie der Veröffentlichung von Meinungs- und Debattenbeiträgen mit dem Ziel, Perspektivenvielfalt und Debatten im agl-Netzwerk zu fördern, bzw. abzubilden.

agl

www.agl-einewelt.de